

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Übernahme von Textauszügen nur mit folgender Quellenangabe:

„Umfrage unter Bundestagskandidaten/-innen 2017“ für die Studien „Langzeitarbeitslose Nichtwähler“.

© 2019 by Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH, Stuttgart

Umfrage unter Bundestagskandidaten/-innen 2017

Jan Velimsky M. A.¹

„[...] ich [habe] viele Fragen und nicht sehr viele Antworten, obwohl ich das Problem sehr ernst nehme.“

Direktkandidaten/-innen für die Bundestagswahl 2017 zur Frage, welche Maßnahmen sie gegen die sich verschärfende Ungleichheit bei der Wahlbeteiligung ergreifen und mit welchen Ideen und Konzepten sie der wachsenden Politikverdrossenheit von Menschen in prekären Lebenslagen begegnen wollen.

Abstract:

Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes wurden 1652 Direktkandidaten/-innen der großen Parteien mit den Ergebnissen der Studie „Gib mir was, was ich wählen kann. Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? - Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/innen“ konfrontiert. Sie wurden dabei gefragt, welche Maßnahmen sie gegen die sich verschärfende Ungleichheit bei der Wahlbeteiligung ergreifen und mit welchen Ideen und Konzepten sie der wachsenden Politikverdrossenheit von Menschen in prekären Lebenslagen begegnen wollen. Die Ergebnisse zeigen, dass die meisten der Befragten Verständnis für die Politikverdrossenheit von Menschen in prekären Lebenslagen und für deren Nicht-Partizipation aufbringen. Alle Parteien im Bundestag haben erkannt, dass sie ihre Kommunikation mit den Wählerinnen und Wählern, insbesondere mit jenen in prekären Lebenslagen, verbessern müssen. Die Lösungsvorschläge beziehen sich überwiegend auf die Optimierung bestehender Ansätze und nicht auf neue Ideen oder grundlegende Veränderungen. Folglich wird in bestehende Strukturen und Maßnahmen investiert, anstatt dass Neues geschaffen wird. Bei den Antworten gibt es insgesamt nur wenige Lösungsansätze, die speziell den Fokus auf Menschen in prekären Lebenslagen legen. Zudem sind viele Vorschläge sehr vage formuliert und wenig konkret. Es scheint, als fehlten aktuell vielen der befragten Politikern/-innen die Ideen wie sie Menschen in prekären Lebenslagen überhaupt erreichen können. Hier wird eine gewisse Hilflosigkeit deutlich. Hierzu passt auch, dass nur wenige der Befragten persönliche Erfahrungen mit (Langzeit-)arbeitslosigkeit oder überhaupt direkte Kontakte zu Menschen in prekären Lebenslagen haben.

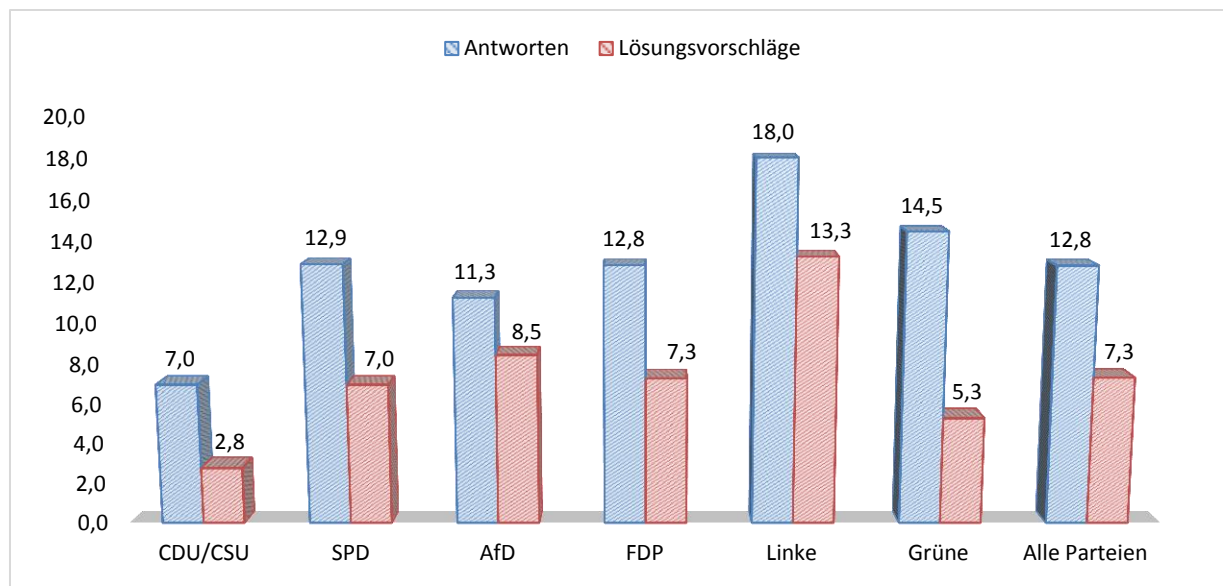
Eine wachsende Politikverdrossenheit in der Bevölkerung hat in den letzten Jahrzehnten zu einer stetig sinkenden Wahlbeteiligung auf allen föderalen Ebenen geführt. Besonders dramatisch ist dabei der ungleiche Verlauf des Partizipationsrückgangs zwischen den verschiedenen sozialen Schichten. Bei Menschen in prekären Lebenslagen ist die Wahrscheinlichkeit der Wahlurne fernzubleiben ungleich höher als bei ökonomisch bessergestellten Schichten.

¹ jan.velimsky@yahoo.de

Diese Ungleichheit hat sich in den vergangenen vier Jahrzehnten verdreifacht (vgl. Schäfer et al. 2013). Somit besteht die Gefahr, dass die Interessen von Menschen in prekären Lebenslagen im politischen System unterrepräsentiert sind und sich die Politik zu sehr an ökonomisch bessergestellten Schichten orientiert, die bei Wahlen stärker vertreten sind (vgl. Schäfer 2015). Dies schwächt das Prinzip der politischen Gleichheit, einen Grundpfeiler der Demokratie (vgl. Vetter/Velinsky 2019). Erste empirische Befunde zeigen, dass die Interessen von Menschen in prekären Lebenslagen schon jetzt in der Politik weniger berücksichtigt werden und somit politisch unterrepräsentiert sind (für Deutschland siehe: Elsässer u. a. 2016; international siehe Peter und Ensink 2015; Gilens 2005; Martin 2003; Hill et. al. 1995). Mit der Studie „Gib mir was, was ich wählen kann. Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? - Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/-innen“ hat die Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande in Kooperation mit EFAS (Evangelischen Fachverband für Arbeit und soziale Integration e.V.) in 74 qualitativen Interviews, langzeitarbeitslose Nichtwähler nach deren Motiven für ihre Nichtwahl gefragt. Die Ergebnisse der Studie wurden publiziert (vgl. Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande 2017) und im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 2017 deutschlandweit an 1652 Direktkandidaten der großen Parteien versendet, was 92,1 Prozent aller Direktkandidaten/-innen entspricht². Im Rahmen dessen wurden die Politiker/-innen gefragt, welche Maßnahmen sie gegen die sich verschärfende Ungleichheit bei der Wahlbeteiligung ergreifen wollen und mit welchen Ideen und Konzepten sie der wachsenden Politikverdrossenheit von Menschen in prekären Lebenslagen begegnen wollen.

Die folgenden Analysen basieren auf den Antworten dieser Befragung³. Insgesamt war die Rücklaufquote mit 12,8 Prozent relativ gering⁴. Hinzu kommt, dass nur etwa die Hälfte dieser Antworten (7,3 Prozent) direkten Bezug zu den Ihnen gestellten Fragen hatten. Die übrigen Antworten waren Absagen oder hatten keinen Bezug zu den gestellten Fragen. Unter den Parteien war die Rücklaufquote unterschiedlich hoch (siehe Abb. 1).

Abb. 1: Antwortverhalten der befragten Direktkandidaten/-innen



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung

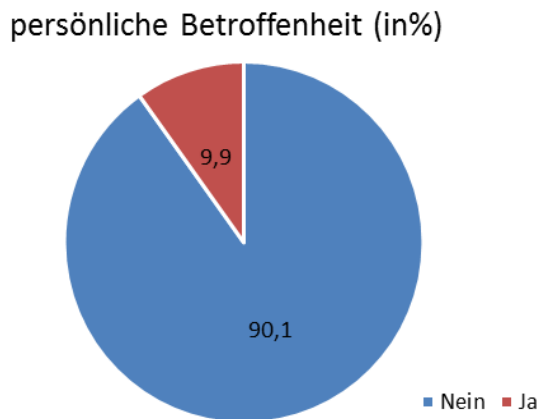
² Aufgrund fehlender Kontaktdaten konnten 142 Direktkandidaten nicht erreicht werden.

³ Die Auswertung erfolgte zunächst in zwei Gruppen. Die Ergebnisse der beiden Gruppen wurden dann in mehreren Schritten/Sitzungen im gesamten Team nochmals diskutiert. Solch ein Vorgehen ermöglicht eine größere intersubjektive Nachvollziehbarkeit der Auswertungen und verbessert somit die Qualität der Ergebnisse.

⁴ Dazu zählt jegliche Form der Rückmeldung (auch Absagen).

Die höchste Rücklaufquote verzeichnen die Linken. Hier haben insgesamt 18 Prozent der Befragten geantwortet, wobei 13,3 Prozent inhaltlich auf die Fragen eingegangen sind und Lösungsvorschläge präsentiert haben. Die geringste Rücklaufquote gab es bei der CDU/CSU. Dort haben 7 Prozent der Befragten geantwortet. Nur 2,8 Prozent sind auf die Fragen eingegangen. Von jenen Direktkandidaten/-innen die geantwortet haben zeigt eine Mehrheit Verständnis für die Politikverdrossenheit von Menschen in prekären Lebenslagen und für deren Nicht-Partizipation. Dennoch gibt es in fast jeder Partei Stimmen, die kein Verständnis für die Nicht-Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen haben. Auf die Gründe für diese Sichtweise wird am Ende des Artikels näher eingegangen. Aus den Antworten der Befragten Direktkandidaten/-innen geht weiterhin hervor, dass konkrete Konzepte für eine stärkere (politische) Einbindung von Menschen in prekären Lebenslagen meist fehlen. Eine Ursache hierfür könnte der fehlende persönliche Bezug vieler der befragten Politiker/-innen zu Menschen in prekären Lebenslagen sein. Ein Großteil der Befragten hat keine persönlichen Erfahrungen mit Langzeitarbeitslosigkeit und/oder keine Kontakte zu Menschen in prekären Lebenslagen (siehe Abb.2).

Abb. 2: Persönliche Betroffenheit und/oder Bezug zu Menschen in prekären Lebenslagen



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung

In den folgenden Analysen werden die Antworten der Direktkandidaten/-innen nach der Parteizugehörigkeit der Befragten ausgewertet und zusammengefasst. Dabei wird im bourdieuschen Sinne, wie bei den beiden Nichtwählerstudien Wert darauf gelegt, die Aussagen der Befragten möglichst unverfälscht darzustellen.

CDU/CSU

Bei der CDU/CSU scheint das Interesse am Thema „Nichtpartizipation von Menschen in prekären Lebenslagen“ eher gering zu sein. Das wird nicht nur anhand der geringen Rücklaufquote, sondern auch an dem Inhalt der Antworten deutlich. Die wenigen Lösungsvorschläge beziehen sich in der Regel auf wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen. Die Sicherstellung einer starken Wirtschaft und damit das Kreieren von Arbeitsplätzen („Vollbeschäftigung“) ist das zentrale Anliegen der Partei. Wichtig ist, dass die Politik dafür sorgt, „[...]“ dass es unserer Wirtschaft gut geht und damit Arbeitsplätze geschaffen werden. Hier sind wir auf einem guten Weg“. Nach der CDU/CSU war die „[...]“ Beschäftigungslage noch nie so gut wie heute und die Zahl der Arbeitslosen noch nie so niedrig“. Einige möchten „[...]“ durch zielorientierte Qualifizierung auch das Problem der Langzeitarbeitslosen lösen [...]“ und so „[...]“ für den ersten Arbeitsmarkt fit [...]“ machen.“ Durch Bildung sollen „[...]“ Kinder, die aus eher bil-

dungsfernen Schichten stammen [...] ein gewisses Politikverständnis entwickeln“. Denn [...] nur so werden sie zu aufgeklärten Bürgern und Wählern“. Daneben soll sich die Kommunikation seitens der Politik ändern. Diese solle versuchen „[...] durch Publikationen in ‚einfacher Sprache‘ auch politikferne Milieus anzusprechen und sie mitzunehmen“. Es wird zudem ein „[...] Dialog mit allen Gruppen der Gesellschaft [...]“ gefordert, wobei nicht weiter ausgeführt wird, was damit gemeint ist beziehungsweise wie ein solcher gestaltet werden kann. Ähnlich unspezifisch lesen sich einige Vorschläge der CDU/CSU. So sollen „[...] Schulen und Hochschulen [...] zum Ort der Demokratie werden“ oder der 23. Mai als ein „Aktionstag für die Demokratie“ eingeführt werden. Ferner ist der Partei der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern wichtig, ebenso das Kümern um die „Sorgen und Nöte“ der Menschen. Konkrete Vorschläge gegen die wachsende Politikverdrossenheit von Menschen in prekären Lebenslagen fehlen weitgehend.

SPD

Die Erkenntnis, „[...] dass sich die ‚Armen‘ von [der Politik] abgewandt haben“ gibt es in der Partei, ebenso die Einsicht, dass sich „[...] immer größere Teile der Gesellschaft von der Politik nicht mehr gehört und verstanden fühlen und deswegen an Wahlen nicht mehr teilnehmen“.

Die von der SPD vorgebrachten Lösungsvorschläge sind vorwiegend sozialpolitische Maßnahmen. Hier setzt die Partei eher auf Kontinuität als auf grundlegende Veränderungen. Es geht vor allem darum, bestehende Maßnahmen und/oder Lösungsansätze ein wenig zu optimieren. Ein wichtiges Anliegen der SPD ist dabei das Thema soziale Gerechtigkeit. „Nur wer die Chance bekommt, am (Arbeits-)Leben teilzunehmen, begreift sich auch als geschätzter Teil der Gesellschaft und ist dann auch bereit, Verantwortung im Gemeinwesen zu übernehmen und letztlich auch wählen zu gehen.“ Man habe die „[...] Fehler der Vergangenheit erkannt und ist bereit diese zu korrigieren“. Einige der Befragten sind der Meinung, dass die Partei derzeit „[...] eines der am sozialsten ausgerichteten Wahlprogramme, die die SPD je hatte [...]“ vertritt und dass die Partei „[...] das Motto ‚Zeit für mehr Gerechtigkeit‘ wirklich in vielen Bereichen konkretisiert“. Dementsprechend lesen sich die Lösungsvorschläge der Partei. Die „[...] Verlängerung der Zahlung des Arbeitslosengeldes“, „[...] die Kostenfreiheit von Bildung und Weiterbildung“, die „[...] Einführung einer solidarischen Grundrente“, „[...] die Abschaffung sachgrundloser Befristungen“ und generell „[...] eine Stärkung der Sozialversicherungssysteme“ werden als Lösungen präsentiert. Dazu gehören auch die Schaffung von „mehr Qualifizierungen und Aktivierungsmaßnahmen“ für Langzeitarbeitslose. „Gerade sie brauchen individuelle und passgenaue Unterstützung, um durch Teilhabe am Arbeitsleben auch (wieder) gesellschaftliche Teilhabe zu erreichen“. Die Partei will „[...] Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren [...]“ und „[...] deshalb öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen und einen dauerhaften sozialen Arbeitsmarkt schaffen“. Auch die Kommunikation mit prekären Schichten soll verbessert werden, etwa durch den Versuch „[...] mit allen Menschen im Wahlkreis möglichst in persönlichen Kontakt zu kommen [...]“, um damit das Vertrauen in die Politik zu verbessern. Mit „[...] viel social-media-Arbeit [...]“ könnten überdies „[...] möglichst breite Teile der Bevölkerung [...]“ angesprochen werden.

AfD

Die Antworten der AfD beinhalten vor allem Kritik an den großen Parteien und deren Politik. Diesen „Altparteien“ wird „Weltfremdheit“ vorgeworfen und dass sie „Deutschland [...] in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht an die Wand gefahren“ haben. Die „da oben“ interessieren sich nicht für Menschen in prekären Lebenslagen. Viele fühlten sich deshalb von Politikern/-innen nicht mehr repräsentiert. Im Zentrum steht die Forderung nach einer besseren „Interessenvertretung“. Die Lösungsvorschläge haben die Stoßrichtung, den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr Einfluss auf die Politik zu geben. Dazu gehören direktdemokratische Elemente, aber auch Amtszeitbegrenzung oder eine Neuordnung der Parteienfinanzierung.

Die AfD ist der Meinung, dass sie „[...] Alternativen zur angeblichen Alternativlosigkeit [...]“ aufzeigt und dass sie Menschen in prekären Lebenslagen besser verträte, etwa durch andere politische Positionen in der „Zuwanderungsdebatte“, wo viele Angst „[...] vor Konkurrenz von Migranten auf dem Arbeitsmarkt[...]“ hätten. Deshalb sind einige in der Partei gegen einen „grenzenlosen Sozialstaat“. Denn „[...] das Fremde darf dem Eigenen nicht gleich- oder gar darüber gestellt werden, vor allem auch angesichts der Demographie und dem Migrationsdruck Afrikas“. „Nur eine Partei, die das Problem der offenen Grenzen anspricht und auch konsequent löst, kann überhaupt für sich das Attribut ‚sozial‘ in Anspruch nehmen, dass dieses Geld dem Deutschen Volke zugutekommen“ sollte.

„[S]eit es die AfD gibt, gibt es deutlich sichtbar auch wieder Hoffnung“ und „[...] die Wahlbeteiligung nimmt zu“. Dabei möchte die Partei versuchen „[...] möglichst nahe an die Bürger zu gelangen, anstelle in elitären Fachgruppen oder Salons zu ideologisieren“. „Menschen in prekären Lebenslagen müssen von der Politik stärker angesprochen werden“ und „[...] es muss mehr nach deren Bedürfnissen geschaut werden und deren Situation verbessert werden“. Dazu gehört eine „aktivierende Grundsicherung“⁵, die „Begrenzung von Werk- und Leiharbeitsverhältnissen auf 15 Prozent der Beschäftigten in einem Betrieb sowie die Umwandlung von Leiharbeits- in Normalarbeitsverhältnissen nach sechs Monaten“. Daneben soll das „[...] Arbeitslosengeld I zukünftig in Abhängigkeit der Zeit der Vorbeschäftigung länger als bisher gewährt werden“. Auch die Schaffung eines Angebots zur Bürgerarbeit⁶ wird genannt. Gleichzeitig bestehe die Notwendigkeit „diesen Menschen“ besser zuzuhören und ihnen das Gefühl zu geben, dass sie ernst genommen werden. Deshalb fordern manche in der Partei eine stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungsfindungsprozessen durch mehr „[...] direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild“.

5 Damit soll Arbeitslosen der Anreiz gegeben werden, eine Arbeit anzunehmen ohne gleich die gesamte staatliche Absicherung zu verlieren. (Anstelle von Hartz IV will die Partei eine „Aktivierende Grundsicherung“ einführen. Dabei soll die staatliche Unterstützung mit wachsendem Einkommen immer weiter abschmelzen, bis ab einem bestimmten Verdienst Einkommensteuer anfällt. Die staatliche Unterstützung soll nicht wie derzeit nahezu vollständig auf den Verdienst angerechnet werden.)

6 „Unter Bürgerarbeit ist die Ausübung gemeinnütziger Arbeit durch Langzeitarbeitslose zu verstehen, die nicht in Konkurrenz zum Arbeitsmarkt steht. Bürgerarbeit soll ca. 30 Wochenstunden umfassen und sozialversicherungspflichtig entlohnt werden. Den Langzeitarbeitslosen wird die Ausübung sinnvoller Tätigkeiten eröffnet und die Gesellschaft enthält einen Gegenwert für die Unterstützungsleistungen. Langzeitarbeitslose können so wieder an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt werden. Anders als bei Beantragung von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Sozialgesetzbuch Zweites Buch, ‚Hartz IV‘) müssen sie ihre Vermögensverhältnisse nicht offenbaren.“

FDP

Die Lösungsvorschläge von den Direktkandidaten/-innen der FDP beziehen sich vorwiegend auf arbeitsmarkt- und sozialpolitische Inhalte wie „[...] die Schaffung von Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten“. Es wurde erkannt, „[...] dass die Wahlbeteiligung momentan gerade in dieser Gruppe [Menschen in prekären Lebenslagen] unterdurchschnittlich“ ist. Allerdings wird auch darauf hingewiesen, dass man nicht der Meinung sei, dass „[...] die Themen Armut, Chancengerechtigkeit, sog. prekäre Beschäftigung und Langzeitarbeitslosigkeit politisch außen vor wären“.

Die FDP sieht sich als „[...] die Partei, die am meisten Wohlstand für die Menschen ermöglichen kann [...]“, da sie „[...] für die Wirtschaft [ist], die unseren Wohlstand erzeugt“. Damit will die Partei „[...] die begründete Hoffnung auf sozialen Aufstieg wiederbeleben“. Auch eine bessere Kommunikation seitens der Politik wird gefordert. „Der ‚Politikersprech‘ ist gerade bei den in Rede stehenden Milieus problematisch.“ Wobei auch „[...] das positive Hervorheben der Vorteile unseres starken demokratischen Grundwesens [...]“ eine Methode sein könne, um jene Schichten zu erreichen. Aus der zentralen Antwort der Partei geht hervor, dass, neben Investitionen in Bildung, auf die möglichen Veränderungen der Arbeitswelt eingegangen werden soll, die mit der Digitalisierung einhergehen. Dabei sieht die Partei auch „[...] die Notwendigkeit dieses [repräsentative] System um direktdemokratische Elemente zu erweitern“. Einige vertreten die Meinung, dass „[...] jeder [...] letztlich für sich selbst verantwortlich“ sei. Manche Menschen würden gar den „Status als Sozialhilfeempfänger“ bevorzugen. Insgesamt sind die Lösungsvorschläge allgemein gehalten und wenig spezifisch. Der Partei ist vor allem an der Wirtschaft gelegen. Durch das Fördern der Wirtschaft soll dann indirekt Menschen in prekären Lebenslagen geholfen werden.

Die Linke

Ein Großteil der Befragten hat die Problematik der Nichtpartizipation von Menschen in prekären Lebenslagen erkannt. Die Betroffenen fühlten sich nicht repräsentiert. Die wachsende Politikverdrossenheit habe vor allem „sozio-ökonomische Gründe“. Die Ursache hierfür sehen die Linken bei den anderen Parteien. Diese hätten „[...] die öffentliche Daseinsvorsorge ausgehöhlt und mit der Agenda 2010 eine beispiellose Lohnspirale nach unten ausgelöst“. „Die Interessen von Langzeitarbeitslosen, prekär Beschäftigten und allen, die von dieser Armut bedroht sind, spielen derzeit eine untergeordnete Rolle. Sie werden den ökonomischen Interessen der Besitzenden in dieser, unseren kapitalistischen Gesellschaft untergeordnet. Es verwundert [...] also nicht, dass Menschen, die an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt werden, sich von deren Institutionen abwenden“. Vielmehr werde „[...] Armut [...] unter den Teppich gekehrt, ignoriert und schön geredet. Wer sich trotzdem traut, seine persönlichen Armutsverhältnisse einer breiten Öffentlichkeit zu schildern, wird an den Pranger gestellt und in sogenannten sozialen Medien mit Hass überzogen“. Prekäre Lebenslagen führten zu einem Rückzug der Betroffenen aus der Gesellschaft. Das Thema Soziale Gerechtigkeit ist ein wichtiges Anliegen der Partei. „Nur wenn so etwas wie ‚soziale Gerechtigkeit‘ wiederhergestellt wird, wird es wieder möglich sein, die Menschen wieder für Politik und Wahlen zu gewinnen.“ Die Linke fordert deshalb „[...] eine grundlegende Kehrtwende in der Sozialpolitik [...]“ und schlägt vielfältige Maßnahmen vor. Dazu zählen unter anderem die Erhöhung des Mindestlohnes (auf 12 Euro die Stunde), die Einführung einer solidarischen Mindestrente

und einer Mindestsicherung von 1050 Euro im Monat, die Verlängerung des ALG I-Bezugs und generell die steuerliche Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen. Auch Hartz IV soll abgeschafft werden. Einige der Befragten möchten „[...] neue Perspektiven für Menschen, die derzeit keiner regulären Beschäftigung nachgehen können, auch aufgrund körperlicher oder psychischer Beeinträchtigungen“. Dieses Ziel soll durch einen „[...] öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit zusätzlichen existenzsichernden und tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen [...]“ erreicht werden. Auch eine „[...] bessere Qualifizierung für Langzeitarbeitslose [...]“ ist eine der Forderungen.

Die Linke möchte insgesamt ein größeres Angebot an „sozialer Infrastruktur⁷“ schaffen, wobei schon früh bei Kindern angesetzt werden müsse.

Die Partei hat nicht nur die Notwendigkeit erkannt, auf Menschen in prekären Lebenslagen zuzugehen, sondern nennt auch Maßnahmen, mit denen dies erreicht werden kann. Die Linke möchte Menschen in prekären Lebenslagen in ihrem Wohnumfeld besuchen und dort „gezielt [...] Veranstaltungen⁸“ durchführen „[...] um mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen“. Denn „[...] die effektivste Möglichkeit, Menschen zur Wahl zu mobilisieren, ist das persönliche Gespräch“. Da sich viele Betroffene „[...] ins Private zurückgezogen haben [...]“ könnte man durch das „[...] Handy mit Messengern (z.B. WhatsApp)“ einen niedrigschwelligen Zugang zu Politiker/-innen schaffen. Durch einfache Maßnahmen wie „Beratungsstellen“, welche die Betroffenen „[...] über ihre Rechte & Pflichten [...]“ aufklären und „[...] ihnen Hilfestellung bei dem Weg durch die Ämter [...]“ geben, können diese Menschen auch in ihrem Alltag mehr Unterstützung erhalten. Neben diesen Hilfestellungen müssen die Menschen „[...] wieder mehr bei politischen Entscheidungen mitreden dürfen [...]“, weshalb einige in der Partei „[...] die Herabsetzung der Maßgaben für Volksentscheide“ fordern.

Bündnis 90 / Die Grünen

Die Mehrheit der Befragten sieht, dass die Politik nicht mehr alle Bürger erreicht. „[V]iele Menschen in Deutschland [...]“ fühlten sich „[...] von der Politik nicht ernst genommen [...]“. „Menschen ohne Perspektive, eine Arbeit auf dem freien Markt zu finden, werden von der Politik seit Jahren sträflich vernachlässigt. Wir finanzieren Ausgrenzung und investieren nicht in Anerkennung und Teilhabe an der Gesellschaft“. Dabei gäbe es „[...] kaum Frustrierenderes als nicht gehört zu werden oder feststellen zu müssen, dass man selbst nichts bewegen kann [...]“. „Grundvoraussetzung für die Bereitschaft an der demokratischen Gestaltung [ist] das Erleben gesellschaftlicher Teilhabe. Wo Menschen aber ausgegrenzt werden, wird ihnen gesellschaftliche Teilhabe verwehrt.“ Folglich sieht die Partei die Notwendigkeit, dass für benachteiligte „[...] Bevölkerungsgruppen wieder entsprechende Perspektiven und Möglichkeiten [...]“ geschaffen werden. „Dies fängt bei passgenauen Integrationsstrategien und Weiterbildungsangeboten für Menschen mit Behinderung, Jugendlichen ohne Ausbildung, Geringqualifizierten, Langzeitarbeitslosen oder älteren Beschäftigten an.“ Prävention ist dabei zentral. Mit guten Schulen, guten Kitas und generell mit Strukturen, „[...] die ein frühzeitiges Erkennen von sozialen Problemlagen ermöglichen, können wir frühzeitig das Abgehängt werden von Mitgliedern unserer Gesellschaft verhindern“.

⁷ Genannt werden unter anderem Schwimmbäder, Bibliotheken oder Jugendclubs.

⁸ Genannt werden Haustürgespräche oder Aktionen wie ein „Frühstück für Jedermann“, welches in den betroffenen Vierteln durchgeführt werden soll.

Außerdem sollen, nach Auffassung einiger Befragten, die „[...] Hartz IV-Sanktionen [...]“ abgeschafft und sozialer Wohnungsbau gestärkt werden. Den Kommunen und vor allem den Jobcentern muss mehr Geld zur Verfügung stehen. Zudem will die Partei „[...] einen öffentlich geförderten sozialen Arbeitsmarkt etablieren [...]“ und „[...] die Möglichkeiten eines bedingungslosen Grundeinkommens [...]“ testen. Auch mehr Steuergerechtigkeit, eine Verbesserung des BAföG⁹ oder das Ende der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsplätzen werden genannt.

Neben sozialpolitischen Maßnahmen sollen „Beteiligungsangebote speziell für benachteiligte Bevölkerungsgruppen [...]“ entwickelt werden, um „[...] diesen damit wieder gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen“. Nur so können die Interessen derjenigen „[...] ohne starke Lobby [...]“ gewahrt werden. Dafür ist es auch notwendig mit jenen Gruppen „[...] ins Gespräch zu kommen und zuzuhören und verstehen um was es geht [...]“ und um dann „[...] gemeinsame Problemlösungen [zu] suchen und zu erarbeiten“.

Kritische Stimmen zur Wahlenthaltung von Menschen in prekären Lebenslagen

Insgesamt haben die meisten der befragten Politiker/-innen Verständnis für die Wahlenthaltung von Menschen in prekären Lebenslagen. Dennoch gibt es auch Unverständnis für die Wahlenthaltung in fast allen Parteien. Gemein ist bei jenen Befragten die Vorstellung, dass Nicht-Partizipation sinnlos ist und daraus folgend die Weigerung etwas gegen die Politikverdrossenheit von Menschen in prekären Lebenslagen zu unternehmen. Mit dem Verweis auf die „Eigenverantwortung“ und der Forderung „[...] diese wahrzunehmen [...]“ wird die Meinung begründet, dass man nichts gegen die Wahlenthaltung von prekären Schichten tun müsse. Es gäbe „[...] in unserem Land weit vordringlichere Aufgaben für Mitglieder des deutschen Bundestages, als Leute zum Jagen zu tragen. Und zwar zu einer Jagd, um die sie vom größten Teil ihrer Weltmitbewohner beneidet werden.“ Begründungen wie: „Nur draußen stehen und Meckern bringt das politische System nicht voran [...]“ oder „[v]on der Couch aus hat man noch selten etwas verändert [...]“, lassen ein tiefes Unverständnis von prekären Lebensrealitäten vermuten.

Aus diesem Grund wehren sich einige Befragte, die Schuld allein bei den Politikern und Politikerinnen zu suchen. Bei manchen Befragten wird auch eine gewisse Frustration im Umgang mit Menschen in prekären Lebenslagen sichtbar. Einige haben die Erfahrung gemacht, dass eigene Bemühungen im Kontakt mit Menschen in prekären Lebenslagen nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt haben. Das kann die Verweigerung der Stimme bei Wahlen, aber auch im Alltag erfahrene Ablehnung sein. Ein Vorwurf ist zum Beispiel: „Viele der [...] Langzeitarbeitslosen oder Politikverdrossenen laufen wortlos an mir vorbei.“

Ein Oppositionspolitiker ist gar der Meinung, dass es gar keine Nichtwähler gäbe sondern „[...] nur Menschen, die nicht zur Wahl gehen. Aber diese sind, ob sie es kapieren wollen oder nicht, sehr wohl auch Wählende: sie wählen nämlich faktisch immer die herrschende Partei-Politik.“ Das ärgert den Befragten, der Nichtwählen daher als „Unsinn“ deklariert.

Ein anderer Befragter stellt den Zusammenhang zwischen sozialem Status und Wahlenthaltung infrage. Demnach sei Wählen „[...] keine Frage des Geldes oder des sozialen Status, sondern eine Frage der Geisteshaltung“. Somit wird das Problem einer vergleichsweise geringen Wahlbeteiligung in prekären Schichten negiert. Der Befragte verweist auf den eigenen

⁹ Gefordert werden höhere Elternfreibeträge, damit mehr Familien profitieren, und höhere Fördersätze, damit weniger Studierende nebenbei arbeiten müssen.

Lebensweg. Er war früher „[...] finanziell nicht auf Rosen gebettet [...]“ und habe sich „[...] alles selbst erarbeitet im Leben [...]“. „Auch wenn wir Zuhause wenig oder manchmal auch kein Geld hatten, war es nie eine Diskussion, ob man wählen geht, das war eine Selbstverständlichkeit, denn nur wer wählt, hat die Möglichkeit zur Mitsprache wahrgenommen.“

Schlussbetrachtung

Die Antworten der befragten Direktkandidaten/-innen weisen darauf hin, dass das Thema Politikverdrossenheit bei Menschen in prekären Lebenslagen weitgehend bekannt ist. Die Mehrheit der Befragten oder besser, eine Mehrheit derjenigen die geantwortet haben, zeigt Verständnis für die Frustration mit Politik bei diesen Bevölkerungsschichten. Insgesamt war die Rücklaufquote eher gering. Alle Parteien im Bundestag haben erkannt, dass sie ihre Kommunikation mit den Wählerinnen und Wählern, insbesondere mit jenen in prekären Lebenslagen, verbessern müssen. Die Oppositionsparteien fordern eine stärkere Beteiligung der Bürger/-innen bei demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen, durch mehr direkte Demokratie. Die Lösungsvorschläge beziehen sich überwiegend auf die Optimierung bestehender Ansätze und nicht auf neue Ideen oder grundlegende Veränderungen. Folglich wird in bestehende Strukturen und Maßnahmen investiert, anstatt dass Neues geschaffen wird. Bei den Antworten gibt es insgesamt nur wenige Lösungsansätze, die speziell den Fokus auf Menschen in prekären Lebenslagen legen. Zudem sind viele Vorschläge sehr vage formuliert und wenig konkret. Es scheint, als fehlten aktuell vielen der befragten Politikern/-innen die Ideen wie sie Menschen in prekären Lebenslagen erreichen können. Hier wird eine gewisse Hilflosigkeit deutlich. Es besteht durchaus ein Interesse mit Menschen in prekären Lebenslagen in Kontakt zu treten. Allerdings fehlt oft eine Vorstellung, wie dieser Kontakt hergestellt und/oder gestaltet werden kann. Hierzu passt auch, dass nur wenige der Befragten persönliche Erfahrungen mit (Langzeit-)arbeitslosigkeit oder überhaupt direkt Kontakte zu Menschen in prekären Lebenslagen haben. Immerhin äußert eine Mehrheit der Befragten das Interesse, sich mit Menschen in prekären Lebenslagen zu treffen und auszutauschen, wenn ihnen der Kontakt hergestellt wird.

Ausgehend von der Hilf- und Ratlosigkeit der Politiker/-innen auf Menschen in prekären Lebenslagen zuzugehen, zeigen die Befunde dieser Studie Name , dass nur, wer den Kontakt zu oder den Dialog mit Menschen in prekären Lebenslagen sucht und deren Wünsche, Forderungen, Interessen, aber auch deren Ängste und Nöte versteht, wirksame Lösungen entwickeln kann, die zu einer inklusiveren und gemeinsam erlebten Demokratie führen. Solche Lösungsansätze fehlen bisher weitgehend.

Literaturverzeichnis

- Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH
Stuttgart (Hrsg.) 2017: „Gib mir was, was ich wählen kann.“ Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/-innen. Köln: Herbert von Ha-
lem Verlag.
- Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande, Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH
Stuttgart (Hrsg.) 2019: Unerhört! Langzeitarbeitslose melden sich zu Wort. Stuttgart:
Sozialunternehmen Neue Arbeit
- Elsässer, Lea / Hense, Svenja / Schäfer, Armin 2016: Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015. Forschungsvorha-

- ben im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Endbericht. Bonn: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- Gilens, Martin. 2005. Inequality and Democratic Responsiveness. *Public Opinion Quarterly* 69: S. 778–796.
- Hill, Kim Q. / Leighley, Jan / Hinton-Anderson, Angela 1995: Lower-Class Mobilization and Policy Linkage in the U.S. States. *American Journal of Political Science* 39: S. 75–86.
- Martin, Paul S. 2003: Voting's Rewards: Voter Turnout, Attentive Publics, and Congressional Allocation of Federal Money. *American Journal of Political Science* 47: S. 110–127.
- Peters, Yvette / Sander, J. Ensink. 2015: Differential Responsiveness in Europe. The Effects of Preference Difference and Electoral Participation. *West European Politics* 38: S. 577–600.
- Schäfer, Armin. 2015. Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt am Main: Campus.
- Schäfer, Armin / Vehrkamp, Robert und Gagne, Jeremie Felix: 2013. Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. <http://www.wahlbeteiligung2013.de/>. Aufgerufen am 1. Mai 2019.
- Vetter, Angelika / Velimsky, Jan A. 2019: Soziale Selektivität bei Wahlen und direktdemokratischen Abstimmungen auf kommunaler Ebene in Deutschland. In: *Politische Vierteljahresschrift*. <https://doi.org/10.1007/s11615-019-00176-8>. Aufgerufen am 9.9.2019.